



Schluss mit der Krise

Die anhaltende Krise trifft diejenigen, die bereits zu kämpfen haben, am härtesten, und die Reaktion der EU-Staats- und Regierungschefs darauf stellt gleichzeitig eine Bedrohung für die europäische Demokratie dar. Nach Ansicht der GUE/NGL verschärft die extreme institutionalisierte Sparpolitik die Rezession und verlagert die Macht von den nationalen Hauptstädten in die nicht gewählte Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank. Die Folgen sind katastrophal. Wir brauchen dringend eine Abkehr von dieser Politik und rasche Maßnahmen für eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik, die zu Wachstum, Solidarität und Schaffung neuer Arbeitsplätze führt und sicherstellt, dass die Steuerzahler nicht mehr die Kosten für verantwortungslose, riskante Finanzgeschäfte tragen müssen. Unsere MdEP plädieren nachdrücklich für eine internationale Finanztransaktionssteuer, eine öffentliche Kontrolle des Bankensektors und die Schließung von Steueroasen. Wir setzen uns für eine Sozialunion ein, die menschliche Bedürfnisse vor Profit stellt, und der destruktiven Spekulation ein Ende bereitet, die so viel Not und sozialen Unfrieden verursacht hat. Die Politiker müssen aufhören, nur den Mächtigen zu dienen, und mit den Bürgern zusammenarbeiten, um die Zukunft Europas zu sichern. Eine demokratische Kontrolle durch gewählte Repräsentanten, sowie eine Volksbeteiligung sind der einzige Weg, um den Aufbau der EU zu reformieren.

The European United Left/Nordic Green Left presents a vision of a European integration process based on: solidarity, workers' rights, peace, gender equality, civil liberties, democracy and environmental responsibility.



Charalampos ANGOURAKIS
KKE
Griechenland



Lothar BISKY
DIE LINKE.
Deutschland



Nicolaos CHOUNTIS
SYRIZA
Griechenland



Bairbre DE BRÚN
SINN FÉIN
Irland



Dennis DE JONG
SP
Niederlande



Cornelia ERNST
DIE LINKE.
Deutschland



João FERREIRA
PCP
Portugal



Mikael GUSTAFSSON
VÄNSTERPARTIET
Schweden



Takis HADJIGEORGIOU
AKEL
Zypern



Thomas HÄNDEL
DIE LINKE.
Deutschland



Jacky HÉNIN
FRONT DE GAUCHE
Frankreich



Jürgen KLUTE
DIE LINKE.
Deutschland



Jaromír KOHLÍČEK
KSČM
Tschechische Republik



Patrick LE HYARIC
FRONT DE GAUCHE
Frankreich



Kartika LIOTARD
INDEPENDENT
Niederlande



Sabine LÖSING
DIE LINKE.
Deutschland



Jiří MAŠTÁLKA
KSČM
Tschechische Republik



Marisa MATIAS
BLOCO DE ESQUERDA
Portugal



Jean-Luc MÉLENCHON
FRONT DE GAUCHE
Frankreich



Willy MEYER
IU
Spanien



Paul MURPHY
SOCIALIST PARTY
Irland



Younous OMARJEE
FRONT DE GAUCHE
Frankreich



Miguel PORTAS
BLOCO DE ESQUERDA
Portugal



Miloslav RANSDORF
KSČM
Tschechische Republik



Vladimír REMEK
KSČM
Tschechische Republik



Alfreds RUBIKS
UC (SPL)
Lettland



Helmut SCHOLZ
DIE LINKE.
Deutschland



Søren Bo SØNDERGAARD
FOLKEBEVÆGELSEN
MOD EU
Dänemark



Georgios TOUSSAS
KKE
Griechenland



Kyriacos TRIANTAPHYLLOIDES
AKEL
Zypern



Marie-Christine VERGIAT
FRONT DE GAUCHE
Frankreich



Sabine WILS
DIE LINKE.
Deutschland



Gabriele ZIMMER
DIE LINKE.
Deutschland



Inês ZUBER
PCP
Portugal



Vereinigte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke

**WER WIR SIND
WOFÜR WIR STEHEN
WAS WIR TUN**



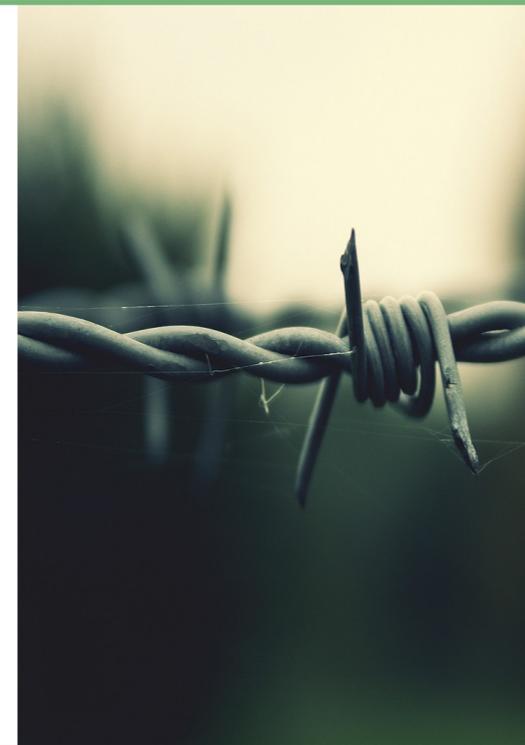


Globale Rechtsprechung

Die Landwirtschafts-, Handels- und Energiepolitik der EU muss die internationale Entwicklung berücksichtigen, vor allem die Millenniums-Entwicklungsziele. GUE/NGL ist einer echten Entwicklungspolitik verpflichtet, die in einer eigenverantwortlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung wurzelt und die Armut bekämpft. Das Recht auf Ernährung, sauberes Trinkwasser, Energie, Nahrungssouveränität und Schutz der natürlichen Ressourcen sollte als Grundrecht weltweit anerkannt werden. Außerdem glauben wir an das Recht, lebensnotwendige Medikamente produzieren oder herstellen zu können, ohne dafür an Pharmakonzerne zahlen zu müssen.

Rechte und Freiheit

In erster Linie die Kampagne „Keine Festung Europa“ sowie EU und die nationale Einwanderungspolitik bilden das Schlüsselthema der Linken. Freizügigkeit der Menschen ist ein Grundrecht, und Europa hat eine Verantwortung, besonders gegenüber den Betroffenen der schädlichen EU-Handelspolitik. Die MdEP der GUE/NGL richten die Aufmerksamkeit auf die Verstöße gegen die Bürgerfreiheit und drängen darauf, auf der ganzen Welt Menschenrechtsprinzipien über wirtschaftliche Interessen zu stellen. Innerhalb der EU haben wir uns erfolgreich gegen die versuchte nicht transparente und unangemessene Datenerfassung durch Regierungen und Nachrichtendienste zwecks „Strafverfolgung“ eingesetzt.



Umwelt und Klima

GUE/NGL glaubt, dass es lebenswichtig ist, handfeste Maßnahmen, die sich mit dem Klimawandel befassen, in allen Politikbereichen der EU einzugliedern. Wir arbeiten auf globalem Niveau für ehrgeizige Ziele, die sich mit dem Klimawandel befassen, und für Maßnahmen, um Entwicklungsländern zu helfen, mit der Erderwärmung fertig zu werden. Eine nachhaltige Wirtschaft zu entwickeln, ist ein grundlegender Teil des Weges aus der momentanen Krise, aber die Kräfte der rechten Flügel bevorzugen systematisch die kurzfristigen Interessen von Industrie und Handel. Als rot-grüne Fraktion werden wir weiterhin auf unser Anliegen für erneuerbare Energien und Recycling, qualitativ hochwertige öffentliche Verkehrsmittel, den Schutz der biologischen Vielfalt und Luft- und Wasserqualität drängen.



Frieden

Die GUE/NGL glaubt, dass die EU-Außen- und Sicherheitspolitik auf einer langfristigen Sicht der EU-Verantwortung für eine friedliche Welt beruhen sollte. Dies bringt eine Dynamik von Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Drittländern mit sich, bei der Menschenrechtsprinzipien im Vordergrund stehen. Als Fraktion sind wir besonders in Angelegenheiten des Mittleren Ostens aktiv und haben konsequent das Ende der Israelischen Besetzung der Palästinensergebiete und eine gerechte und friedliche Zwei-Staaten-Lösung gefordert. In Angelegenheiten der Militarisierung sind wir weiterhin gegen die Einrichtung eines militärisch-industriellen Komplexes der EU und die Rolle, die die EU als treibende Kraft für Aufrüstung innerhalb und außerhalb Europas spielt.



Gleichstellung von Männern und Frauen

Da die Wirtschaftskrise Frauen mehr als Männer betrifft, haben gerade jetzt Frauenrechte und Gleichstellung von Männern und Frauen einen besonderen Stellenwert in der Fraktionsarbeit. Im Allgemeinen arbeiten wir an einem Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern und einer Stärkung der Frauen. Das bedeutet konkret, gegen die geschlechterbedingte Gehaltskluft, für gleiche Anteile bei Entscheidungen – Geschäftsleitungen eingeschlossen – zu kämpfen, für eine verständliche und übergreifende EU-Strategie zur Gewalt gegen Frauen, die vom Blickpunkt der Geschlechtergleichheit herrührt – einschließlich Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen –, häusliche Gewalt, Menschenhandel und sexuelle Gewalt, zu arbeiten. Wir suchen auch die Anerkennung, die Fortpflanzungsrechte der Frauen und das Recht aus Gründen der geschlechtsbedingten Verfolgung Asyl beantragen zu können.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

„Gute Arbeit“, Arbeiterrechte und besseres Gleichgewicht zwischen Leben und Arbeit sollten treibende Begriffe der EU-Beschäftigungspolitik sein. Wir suchen nach einer neuen Richtung und werden weiter gegen eine Politik kämpfen, die die Existenzgefährdung erhöhen oder versuchen, Arbeiter verschiedener Mitgliedstaaten bezüglich ihres Gehalts oder Arbeitsbedingungen miteinander konkurrieren zu lassen. Unsere Arbeit an der Sozialpolitik spricht für eine Verlagerung des Fokus' in Richtung der Bekämpfung der Armut – vor allem Kinderarmut – und sozialem Ausschluss, und treibt Vorschläge voran, die Probleme zu lindern, denen Benachteiligte und Schutzlose ausgesetzt sind.

